

Ä1 Feministisch aus der Krise

Antragsteller*in: Moritz Zeising (KV Bremen-Mitte)

Änderungsantrag zu F-01

Von Zeile 18 bis 19 einfügen:

haben das Land am Laufen gehalten und damit persönlich wie beruflich stark zurückstecken müssen.

Lesbische und queere Frauen, nicht-binäre Personen die weiblich gelesen werden, Personen die Diskriminierung aufgrund von Weiblichkeit und Gender-Nonkonformität erfahren, sowie trans*, inter und asexuelle Personen (im folgenden auch FLINTA*), die alle durch staatliche und medizinische Systematiken nochmal stärker marginalisiert, fremdbestimmt und mehrfach diskriminiert werden, bekommen zusätzliche negative Auswirkungen der Krise zu spüren.

Von Zeile 21 bis 26:

Kinderbetreuungsangebote, ungerechte Verteilung von Sorgearbeit, häusliche Gewalt, Benachteiligung von lesbischen Müttern und queeren Regenbogen- und Wahlfamilien, Diskriminierung von Frauen mit tatsächlicher oder zugeschriebener Migrationsgeschichte, problematische von Fremdbestimmung und Pathologisierung geprägte Gesundheitsversorgung für FLINTA*, erschwerter Zugang in-der zu queeren und Mädchen-/Frauenberatungsstellen, zu Geburtshilfe und zum Schwangerschaftsabbruch - an vielen Stellen zeigt die Krise uns noch deutlicher als sonst, wie weit wir noch von einer geschlechtergerechten Gesellschaft entfernt sind. Gleichzeitig laufen wir Gefahr, in ~~traditionelle~~ traditionalisierte Geschlechterrollen zurückzufallen.

Diese Probleme anzugehen heißt für uns, eine Gesellschaft anzustreben, in der gleiche Rechte, Teilhabe, Arbeit und Anerkennung für alle Geschlechter Wirklichkeit wird. Wir machen uns für eine intersektionale Perspektive stark, die Mehrfachbelastung durch strukturelle und gesellschaftliche Marginalisierung und ständige Diskriminierungserfahrungen aufgrund von Herkunft, Alter, Behinderung, sexueller oder romantischer Orientierung, geschlechtlicher Identität, Klasse, Religion oder Weltanschauung benennt und mitdenkt. Bremen ist eine bunte Stadt, die Vorreiterin der Geschlechtergerechtigkeit sein kann und soll. Wir brauchen keinen Rückfall in alte Muster, in traditionalisierte Geschlechterrollen oder Familienvorstellungen. Unsere Antwort auf die Krise muss ~~daher eine feministische~~ intersektional und queerfeministisch sein.

Von Zeile 69 bis 75:

Hauptverdiener in vielen Haushalten ist ein Mann. Die Corona-Krise hat auch hier eine bestehende Ungerechtigkeit verschärft.

Frauen, auch lesbische und queere Frauen, haben sich in dieser schwierigen Zeit häufig um pflegebedürftige Angehörige gekümmert, weil z.B. Tagespflegeeinrichtungen ausgefallen sind. Lesbischen und queeren Frauen wird die Pflege von Familienmitgliedern wegen fehlender Anerkennung und Benachteiligung von Regenbogen- und Wahlfamilien, zusätzlich erschwert. Viele Corona-Verordnungen nehmen weder Rücksicht auf Personen die nicht in Partner*innenschaften leben, noch auf die Häufigkeit und Notwendigkeit des Prinzips queerer Wahlfamilien, die oft an die Stelle von Herkunftsfamilien-Verbindungen treten. Dadurch sind Frauen in ihrer Erwerbsarbeit eingeschränkt worden und stärker von finanziellen Einbußen betroffen. Auch hier zeigt sich wieder die riesige Bedeutung unbezahlter Sorgearbeit während der Corona-Krise.

~~Frauen haben sich in dieser schwierigen Zeit auch häufig um pflegebedürftige Angehörige gekümmert, weil z.B. Tagespflegeeinrichtungen ausgefallen sind. Auch dadurch sind sie in ihrer Erwerbsarbeit~~

~~eingeschränkt worden und stärker von finanziellen Einbußen betroffen. Auch hier zeigt sich wieder die riesige Bedeutung unbezahlter Sorgearbeit während der Corona-Krise.~~

Von Zeile 87 bis 88 einfügen:

1. Recht auf Notbetreuung für Personen in systemrelevanten Berufen und für Alleinerziehende bei erneuten Schul- und Kitaschließungen

Von Zeile 90 bis 92 einfügen:

2. Pflegeunterstützungsgeld und die Ausstattung mit Schutzkleidung und Desinfektionsmitteln. Dies soll auch für queere Wahlfamilien gelten.
3. Paritätische Elternzeit und Reform des Elterngeldes. Dies muss auch für lesbische Mütter und queere Eltern gelten, die bisher nicht von Geburt des Kindes an als Eltern anerkannt werden.

Von Zeile 95 bis 97 einfügen:

2019 wurde fast jeden dritten Tag eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner in Deutschland getötet. Dies sind keine sogenannten Beziehungstaten oder Familientragödien, sondern Femizide und sie müssen als solche benannt werden. Die Corona-Krise hat das Gewaltproblem in den eigenen vier Wänden extrem verschlimmert, denn Isolation und eine schwierige soziale und

Von Zeile 99 bis 101 einfügen:

in vielen Fällen verschärft. Kleine Wohnungen für viele Familienmitglieder werden zu einer Zerreißprobe, wenn man nicht vor die Tür darf, oder soll. Darunter leiden insbesondere auch queere Jugendliche, die in ihrer Familie nicht offen leben können oder mit negativen Reaktionen der Familie auf ihr Outing umgehen müssen. Sie brauchen ausgleichenden, direkten Kontakt zu Peers in soziokulturellen queeren Räumen oder im Rahmen von Selbsthilfe, was derzeit nicht mehr möglich ist. Deshalb war es richtig, im Frühjahr die Plätze von Frauenhäusern temporär

Von Zeile 103 bis 105 einfügen:

vor häuslicher Gewalt, der im StGB verankert ist. In Bremen und Bremerhaven müssen grundsätzlich mehr Plätze in Frauenhäusern, Kinderschutzeinrichtungen und queere Schutzräume geschaffen werden, um Frauen, Kinder, Jugendliche, trans*, inter* und nicht-binäre Personen in gefährlichen Situationen nicht ihrem Schicksal zu überlassen.

Von Zeile 108 bis 112:

2. Eine zügige Umsetzung des Bremer Landesaktionsplan zur Istanbulkonvention und des Landesaktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interfeindlichkeit
3. Kapazitäten von Schutzeinrichtungen weiter zu erhöhen, neue Schutzwohnungen zu schaffen und Frauenhäuser und andere bestehende Einrichtungen zu modernisieren und Schutzeinrichtungen für FLINTA* Personen zu schaffen.
4. Ausbau präventiver Maßnahmen, wie Täterarbeit und Kampagnen zur kritischen Männlichkeit, um Gewalt ~~gegen Frauen frühzeitig~~ zu verhindern, die sich gegen Frauen, Kinder, trans*, inter* und nicht-binäre Personen richtet, sowie gegen Personen, die Diskriminierung aufgrund von Weiblichkeit erfahren.

Von Zeile 146 bis 148 einfügen:

Blick nimmt und nicht zu Lasten der Frauen einfach ignoriert. Eine paritätische Elternzeit die auch für lesbische Mütter und queere Familien greift, das Rückkehrrecht in Vollzeit und eine neue, flexible Vollzeit von 30 bis 40 Stunden sowie die Abschaffung des Ehegattensplittings sind wichtige

Von Zeile 152 bis 157 einfügen:

Transformation der Wirtschaft zu investieren. Anders als beim Konjunkturpaket der Bundesregierung dürfen Frauen und Personen die aufgrund von Weiblichkeit und aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität, ihrer sexuellen oder romantischen Orientierung benachteiligt sind, sowie systemrelevante Berufe beim Bremen-Fonds nicht hinten runterfallen. Deshalb fordern wir, dass alle Investitionen kontinuierlich auf genderspezifische Wirkungen überprüft und ggfs. angepasst werden. Es muss sichergestellt werden, dass Zukunftsinvestitionen Frauen, Lesben, inter, nicht-binären, trans* und asexuellen Personen in gleichem Maße zugute kommen wie Männern. Mit dem Bremen-Fonds müssen wir vor

In Zeile 162 einfügen:

1. Paritätische Elternzeit, die auch für lesbische Mütter und queere Eltern gilt, die bisher nicht von Geburt des Kindes an als Eltern anerkannt werden.

Von Zeile 169 bis 173:

Die Corona-Krise könnte unsere Gesellschaft auf dem Weg zur Geschlechtergerechtigkeit um Jahre zurückwerfen. Dem müssen wir uns entschieden entgegenstellen: Wir können jetzt die politischen Entscheidungen treffen, die den Weg zur Gleichstellung und Gerechtigkeit frei machen, damit alle Frauen gestärkt und alle Personen, die aufgrund von Weiblichkeit und geschlechtlicher Identität diskriminiert werden, mit gestärkten Rechten aus der Krise herauskommen!

Von Zeile 178 bis 180:

Denn die Krise trifft uns nicht alle gleich, sondern verschärft bestehende Ungleichheiten und Schief lagen. Deshalb ist unsere Antwort auf die Krise die feministische ein intersektionaler und solidarischer Feminismus!

Begründung

Der Antrag beschäftigt sich mit Geschlechtergerechtigkeit und zielt hauptsächlich auf die Arbeit und Benachteiligung von Frauen* in der Gesellschaft ab. Wir wollen mit der Erweiterung betonen, dass feministische Politik für uns auch intersektionale Ansätze beinhaltet. Zudem sind auch Kinder, queere Personen und FLINTA* sind von häuslicher Gewalt betroffen.

Der Antrag bezieht sich auf Geschlechtergerechtigkeit, ohne die Vielfalt an Geschlechtern sichtbar zu machen. Der Vorschlag zur Änderung versucht durch explizites Benennen der diskriminierten Gruppen die verschiedenen Aspekte der Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit deutlicher zu machen. Auch im neuen Grundsatzprogramm ist diese Geschlechtervielfalt im Grundwerte-Kapitel verankert.

Der Änderungsantrag wurde von Kristina Kötterheinrich, Kai Wargalla, Moritz Zeising und der LAG Queer erarbeitet.

Unterstützer*innen

Kristina Kötterheinrich (KV Bremen-Mitte); Kai Wargalla (KV LdW); Rafael Schyska (KV Bremen-Nordost); Laura Franziska Reyes Pollak (KV Bremen-Ost); Dominik Santner (KV Bremen-Ost); Alexandra Scholz (KV Bremen LdW); Sebastian Illigens (KV Bremen-Mitte); Philipp Bruck (KV Bremen LdW); Fabian Taute (KV Bremen LdW); Maïke-Sophie Mittelstädt (KV Bremen-Kreisfrei)